

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/81

29. April 1974

Das Ziel bleibt die Fristenlösung

Zur Lage nach der Verabschiedung des Koalitions-
Modells in dritter Lesung

Von Dr. Hans de With MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Strafrechts-
sonderausschuß

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Ihre Arroganz wird zur Plage

Die Konservativen strapazieren die Demokratie

Von Fritz Sängler

Seite 3 und 4 / 68 Zeilen

Ein Erfolg für die Demokratie

Das Ende der faschistischen Diktatur in Portugal

Von Alwin Brück MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion im Bundestag

Seite 5 und 6 / 60 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 3-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Das Ziel bleibt die Fristenlösung

Zur Lage nach der Verabschiedung des Koalitions-Modells in dritter Lesung

Von Dr. Hans de With MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Strafrechtssonderrauschuß

Die SPD-Fraktion war mit folgenden vier Grundsätzen in die Verhandlungen um die Prozedur bei der Abstimmung über die vier dem Bundestag vorgelegten Entwürfe zur Reform des § 218 StGB gegangen:

- 1/ Die Abstimmung darf keine Möglichkeit zur Manipulation bieten oder auch nur den Eindruck einer solchen Möglichkeit verschaffen können.
- 2/ Jeder Abgeordnete muß die Möglichkeit haben, durch seine Abstimmung im Bundestag zeigen zu können, welchem Modell er den Vorzug gibt.
- 3/ Die Abstimmungsfolge muß einem Modell in dritter Lesung zur Ermöglichung einer Reform eine Mehrheitschance gewährleisten.
- 4/ Eine Prozedur-Debatte im Bundestag, die die Öffentlichkeit kaum verstehen würde, sollte vermieden werden.

Rückwirkend gesehen, darf hierzu wohl bemerkt werden, daß diese Grundsätze sich durchgesetzt haben und dies dem ganzen Deutschen Bundestag zugutegekommen ist.

Der Außerordentliche Parteitag der SPD vom 18. bis 20. November 1971 in Bonn hatte sich zwar mit sehr großer Mehrheit für ein Fristenmodell entschieden, aber außerdem folgenden Satz in den Beschluß eingefügt: "Für jeden Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, daß jede Stellungnahme zu diesen Problemen auf einer Gewissensentscheidung beruht."

Dementsprechend hatte die SPD-Bundestagsfraktion jedem bis zuletzt offengelassen, seinem Gewissen zu folgen. Es gab zu keiner Zeit eine Probestimmung oder gar einen irgendwie gearteten Richtungsbeschuß. Umso höher ist es zu bewerten, daß ein Teil derer aus der SPD-Fraktion, die in der ersten Abstimmung der zweiten Lesung für ein erweitertes Indikationsmodell votiert hatten, in der zweiten Abstimmung der zweiten Lesung und insbesondere in der dritten Lesung es verantwortet haben, dem Fristenmodell durch entsprechende Änderung ihres Votums eine Mehrheit zu ermöglichen, und so - und nur so war es möglich - das Scheitern einer Reform überhaupt zu verhindern. Damit hat die Regierungskoalition erneut ihre Reformfähigkeit bewiesen.

In der dritten Lesung stimmten 247 Abgeordnete für den Entwurf der Regierungskoalition, also für das Fristenmodell. Zwei an der Abstimmung

verhindert gewesene Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion erklärten sich unmittelbar nach dieser Abstimmung, indem sie brieflich beim Bundestagspräsidenten um Anerkennung ihrer Stimmen als Ja-Stimmen nachsuchten, als weitere Votanten für das Fristenmodell. Damit wäre die zur Zurückweisung eines Einspruchs des Bundesrats erforderliche absolute Mehrheit im Bundestag gesichert gewesen.

Unter diesen Umständen sollte die von der Union geführte Mehrheit im Bundesrat prüfen, ob sie es wirklich auf sich nehmen will und kann, als verlängerter Arm der Bundestagsopposition die Reform durch einen Einspruch zu verzögern. Und die von der Union geführte Mehrheit im Bundesrat sollte sich weiter sehr sorgfältig überlegen, ob sie es verantworten kann, den Versuch zu unternehmen, durch eine entsprechenden Änderung des Strafrechtsergänzungsgesetzes "hintenherum" doch noch eine Indikationenregelung einzuführen. Dadurch nämlich, daß die Reichsversicherungsordnung so geändert wird, daß Kassenleistungen beim Abbruch einer Schwangerschaft entgegen dem strafrechtlichen Fristenmodell nur im Fall bestimmter Indikationen erbracht werden dürfen und nicht - wie im Bundestag in dritter Lesung verabschiedet - bei Vorliegen jedes legalen Abbruchs. Setzte sich die Union im Bundesrat durch, käme diejenige, die sich gut artikulieren kann oder die "ihren" Arzt hat, zum durch die Kasse bezahlten Abbruch - die reiche ist ohnehin nicht darauf angewiesen -, während die einfache Frau unter diesen Umständen lieber gleich den Abtreiber unter Umgehung der Beratung aufsucht. Kurz: Es bestünde - wenn auch nur in einigen Fällen - die Gefahr des kassenärztlichen Klassenrechts oder, auch anders, des klassenärztlichen Kassenrechts.

Von Vertretern der katholischen Kirche war vor der Bundestagsdebatte verschiedentlich zu hören gewesen, daß - falls die Fristenregelung eine Mehrheit finde - Zweifel bestünden, ob dann dieser Staat noch ihr Haus sein könne. Nunmehr, nach der Debatte, sollte auch diesen Repräsentanten klar sein, daß die Fristenregelung den Grundwertekonkern keineswegs aufkündigen will oder aufkündigt. Es wäre gut - auch um dieses, in seiner Härte wohl einmalige Wort, vergessen lassen zu können -, wenn sich alle bereitfinden könnten, im Rahmen der Fristenregelung und auch sonst längst erforderlichen weiteren begleitenden Maßnahmen zugunsten des werdenden Lebens gemeinsam beschleunigt voranzutreiben.

(-/29.4.1974/bgy/pr)

+ + +

Ihre Arroganz wird zur Plage

Die Konservativen strapazieren die Demokratie

Von Fritz Sänger

Das Gedächtnis des Normalverbrauchers ist in allen Völkern nicht besonders nachdrücklich auf politische Vorgänge geschult, vielleicht in Deutschland besonders wenig, weil es allzu sehr strapaziert worden ist. Aber es scheint wach zu werden, denn was sich ereignet und wie es von der einen und von der anderen Seite aufgenommen, beurteilt und behandelt wird, das weckt auch müde Geister auf.

Da wird ein Spion gefaßt, der nach mühsamer Vorarbeit entlarvt wurde, und die Konservativen in Deutschland und ihre Helfer in den merkwürdigsten Bünden tun so, als sei das erstmalig und ganz ungewöhnlich; Daß 34 Fälle gleicher Art unter den Regierungen ihrer Parteien bisher bekannt geworden sind, auch ein Fall im Bundeskanzleramt, wo Oberregierungsrat Helbig 1963 nach achtjähriger Spionagearbeit verhaftet wurde, und fast ein Dutzend in der Bundeswehr oder im Verteidigungsministerium - das wird nicht erwähnt. Die Arroganz der moralischen Haltung ist zerstörerisch vor allem, wenn sie von einem Manne vortragen wird, der dies und noch mehr wissen muß, weil er es von amtswegen erfuhr. Die notoriische, nahezu dummliche Hemmungselosigkeit der Unions-Politiker Strauß und Marx schlägt dagegen kaum noch zu Buche.

Aber da melden sich auch Helfer zu Wort und der Bund der Steuerzahler ist einer der ersten. Er ist immer dann da, wenn er eine Bundesregierung angreifen kann, die nicht aus dem konservativen Lager kommt: Der Fall Guillaume läßt ihn behaupten, der Steuerzahler habe den Referenten des Kanzlers zu bezahlen gehabt. Am gleichen Tage stürzte - nur ein aktuelles Beispiel für viele - der 170. Starfighter ab. Geht es den Bund der Steuerzahler nichts mehr an, für wessen Geld diese 170 Maschinen gekauft wurden,

die in so beispielloser Serie ihre vorher bekannte Unzulänglichkeit selbst bewiesen und die dennoch gekauft worden sind? Von wem? Der Steuerzahlerbund schwieg damals und schweigt bei jeder ähnlichen Gelegenheit.

Und auch der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, weniger zu Angelegenheiten des von ihm regierten Landes zu hören als zu allen erdenklichen Themen der Bundespolitik, meldet sich. Weil die Abstimmung zum Gesetz über den § 218 StGB nicht die absolute Mehrheit erhielt, war Dr. Stoltenberg sofort zur Stelle: Jetzt wird "der Bundesrat" das Gesetz zu Fall bringen. Die Länderkammer ist durch die Mehrheit der CDU/CSU-regierten Länder zum Handwerkszeug politischer Parteiarbeit erniedrigt worden.

Die Liste der in jüngster Zeit besonders zahlreich gewordenen Verzerrungen der demokratischen Verfassung, die wir uns in der Bundesrepublik gegeben haben, ist sehr viel länger, und man braucht weder in eine noch den meisten Lebenden bekannte Vergangenheit zu greifen noch so außerordentliche Vorgänge, wie die um die parlamentarische Behandlung des erwähnten Paragraphen, näher zu beleuchten: es bleibt genug um zu erkennen, wie gefährlich die Art von Widerstand ist, die da von der Opposition und ihren Helfern geleistet wird. Niemand ist an Gegenmeinungen und an Handlungen gehindert, die seine Überzeugung ihm vorschreiben. Aber das rücksichtslose, das Interesse des Staates völlig unbeachtet lassende und ausschließlich von Parteiegoismus diktierte Stiften von Unruhe, dieses Gebahren, als sei der politische Tumult die geeignete Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit für Volk und Land - das ist allmählich für die aufmerksam werdenden Bürger nicht mehr zu ertragen. Wir fürchten die sich andeutende Reaktion auf dieses Verhalten der CDU/CSU, das denen unverantwortlich erscheint, die sich aus Erfahrung und Erleben über eine solche Entwicklung Gedanken machen. Sie zwingt zu Erinnerungen und zu Vergleichen und dazu, auszusprechen und nachzuzeichnen, was besser für immer vergraben wird.

(-/29.4.1974/ks/pr)

+ + +

Ein Erfolg für die Demokratie

Das Ende der faschistischen Diktatur in Portugal

Von Alwin Brück MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion im Bundestag

Das, was in den letzten Tagen in Portugal geschehen ist, muß jeden Demokraten mit tiefer Genugtuung und großer Freude erfüllen: Eine faschistische Diktatur wurde gestürzt. Während in den letzten Jahren überall in der Welt durch putschende Militärs demokratische Regime zerstört wurden, ist es in Portugal genau umgekehrt: Die Militärs haben nach Jahrzehnten der Unterdrückung die Regierung gestürzt, um den Portugiesen die Freiheit zu bringen.

In den ersten Tagen nach dem Umsturz wurden erfreuliche Zeichen gesetzt: Die politischen Gefangenen wurden entlassen, die Pressefreiheit eingeführt. Deshalb besteht auch kein Grund, an der Ankündigung General Spínolas zu zweifeln, daß bald freie Wahlen durchgeführt werden. Und es sieht auch so aus, als ob die Generäle, die die Macht ergriffen haben, dies nicht ohne Kontakt zu den bisher verbotenen politischen Parteien getan haben.

Jetzt kommt es in Portugal darauf an, mit einer Politik des Augenmaßes das Land in die Freiheit zu führen. Die Tatsache, daß der Putsch nahezu unblutig verlaufen ist, gibt die Hoffnung, daß auch die weitere Entwicklung ruhig und geordnet verlaufen kann. Es wäre gut, wenn möglichst bald die politischen Parteien zugelassen würden und die angekündigte verfassunggebende Versammlung gebildet würde.

Die Entwicklung in Portugal ist weit über Portugal hinaus von Bedeutung. Hier ist Wichtiges für Europa und Afrika geschehen, für die NATO und die Welt. Für ein demokratisches Portugal steht die Tür der Europäischen

Gemeinschaft offen. Das kann entscheidende Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bringen, wenn dazu noch die direkte Hilfe der entwickelteren Mitgliedstaaten kommt.

Ein demokratisches Portugal stärkt die moralische Integrität der NATO, so wie das faschistische Portugal zusammen mit Griechenland diese geschwächt haben. Die NATO wird glaubwürdiger, wenn sie ein Zusammenschluß von demokratischen Staaten zur Verteidigung ihrer Freiheit ist. Der Generalsekretär der sozialistischen Partei Portugals, Mario Soares, hat vor wenigen Tagen im Gespräch mit deutschen Sozialdemokraten eindeutig erklärt, daß die Mitgliedschaft Portugals in der NATO für die portugiesischen Sozialisten ein Selbstverständnis ist. Wahrscheinlich werden die Sozialisten beim Aufbau der Demokratie in Portugal eine führende Rolle spielen, nachdem Soares bei seiner Rückkehr aus dem Pariser Exil in Lissabon begeistert empfangen wurde, und erste Gespräche mit Spínola geführt hat.

Portugal war bisher nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch das schwächste Glied der NATO weil es den größten Teil seiner - gemessen an anderen Mitgliedstaaten - überproportionalen militärischen Aufwendungen in seinen Kolonien verwendet hat. Im Bündnisfall wäre es wohl kaum in der Lage, seinen Verpflichtungen innerhalb der NATO nachzukommen.

Hinzu kommt, daß die Kolonialpolitik Portugals das Bündnis in der ganzen Dritten Welt diskreditiert hat. Darauf haben Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen. Aber auch hier hat der Umsturz neue Hoffnungen geweckt. Die Generale Spínola und Gomez an der Spitze der nun regierenden Junta zählen zu den Initiatoren einer neuen Politik in Afrika, die ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Emanzipation der Dritten Welt insgesamt sein könnte. Eigentlich hat die Diskussion um die weitere portugiesische Politik in Afrika die jetzige Entwicklung in Portugal eingeleitet. Spínolas Buch "Portugal und die Zukunft" hat im Februar soviel Aufsehen erregt, weil er als Soldat anstelle einer militärischen Lösung der Kolonialfrage eine politische förderte, daß er zusammen mit Gomez, dem damaligen Generalstabschef, der sich mit ihm solidarisierte, seines Amtes enthoben wurde. Dies löste bei den Truppen Unruhe aus, die jetzt im Putsch gipfelte.

Zieht man die Bilanz der Ereignisse in den letzten Wochen, vor allem aber der letzten Tage, dann kann sie nur heißen, daß faschistische Diktatur und Kolonialismus eine entscheidende Niederlage erlitten haben. Wir können nur hoffen, daß daraus ein großer Sieg für die Demokratie und Freiheit wird: nicht nur in Portugal.

(-/29.4.1974/ks/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller